

Wenn Mütter erwerbstätig und Arbeitnehmer Väter werden

Eines der Kernelemente einer geschlechtergerechten Wirtschaft ist sicherlich der gleichberechtigte Zugang von Männern und Frauen zur Erwerbsarbeit. Denn heute sichert die Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt direkt oder indirekt durch Erwerbsarbeit ab. In diesem Zusammenhang stößt man sofort auf das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ich möchte hier kurz eine private Geschichte erzählen, von der wir inzwischen längst wissen, dass sie politisch ist. Vater Staat hat sich die Investition in mein Humankapital etwas kosten lassen: Abitur, Studium, Promotion – grob 100 000 Euro. Ich aber habe nie einen Cent in eine der Sozialversicherungskassen eingezahlt und keine Steuern abgeführt, mein fehlendes Erwerbseinkommen hat auch keine Konjunktur via Konsumnachfrage belebt. Als junge Studentin im ersten Semester Politikwissenschaft habe ich mir die Frage gestellt: Nun, in welchem der Länder Europas ist die Vereinbarkeitsproblematik denn gelöst? Die Antwort war schnell gefunden: In den skandinavischen Ländern Nordeuropas, in Frankreich und Belgien. Dies war der Grund, warum ich beschloss mein Land zu verlassen. Nach Abschluss meines Studiums bin ich nach Paris gezogen. Diese „exit-option“ war aber beileibe keine individuelle Präferenz, wie die Ökonomen zu sagen pflegen. Ich bezeichne mich als politischen Flüchtling, gender-bedingt. Eine berufstätige Mutter von drei Kindern wie ich es bin, gibt es in Deutschland so gut wie nicht.

Wir vernehmen mit Freude, dass sich dies nun ändern soll. Man kann nun auf den Webseiten des Bundesministeriums für Familie, in der Presse und in der wissenschaftlichen Literatur seit einigen Jahren eine Art Katharsis verfolgen. Die Selbsterkenntnis hat sich durchgesetzt, dass Westdeutschland in Sachen Kinderbetreuung ein Entwicklungsland ist und Nachholbedarf im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn wie auch zu den ostdeutschen Bundesländern hat. Das neue Leitbild ist die berufstätige Mutter. Wie kam es zu diesem Wandel im postulierten Geschlechterverhältnis?

Die herbe Kritik von außen, oder besser gesagt von oben, spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auf globaler Ebene wird Deutschland seit Jahren von Institutionen wie ECOSOC/UN, OECD, IWF und WB, ILO wegen seines konservativen Genderregimes gerügt. Auf supranationaler Ebene, d.h. auf Ebene der EU, sieht es nicht anders aus: Die Beschlüsse des Lissabon-Gipfels von 1997 wurden mit folgendem Ziel in die Europäischen Beschäftigungsrichtlinien übersetzt: Die allgemeine Beschäftigungsquote soll im europäischen Durchschnitt auf 70 % angehoben werden, die Erwerbsquote von Frauen soll bis 2010 auf 60 % ansteigen¹. Da hat Deutschland eindeutig einen Nachholbedarf.

Die Kritik von innen, aus feministischen Kreisen oder von wissenschaftlicher Seite war eher schwach. Es gab auch nie eine soziale Bewegung der Betroffenen mit Massendemonstrationen, Streiks, Straßenblockaden, Rathausbesetzungen, kollektiven Babyabgaben vor dem Reichstag und dergleichen. Aber das kombinierte Resultat eines frauen- und familienfeindlichen Genderregimes auf dem Arbeitsmarkt und in der Konstruktion des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats hat ein Problem geschaffen, unter dem die betroffenen Frauen und Männer ganz privat leiden, dessen Folgen nun aber gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich sichtbar werden: Es herrscht akuter Kindermangel, die Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaats ist gefährdet. Wohl gemerkt ist die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats weitaus mehr durch die Folgen der Globalisierung untergraben worden, nämlich durch neoliberale

¹ gemessen in Vollzeitäquivalenten

Anpassungspolitik, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben seit 1982 und die Massenarbeitslosigkeit. Aber das Verbot der Müttererwerbstätigkeit, das de facto in Deutschland herrscht, hat auch dazu beigetragen. Sind wir nun in der glücklichen Lage sagen zu können: Problem erkannt, Gefahr gebannt? Leider nein. Dagegen spricht erstens die Frage der Finanzierung der öffentlichen Kinderbetreuung. Dagegen spricht zweitens das männlich gedachte Modell des Normalarbeiters und das daraus abgeleitete Normalarbeitsverhältnis.

Zur Frage der Finanzierung der öffentlichen Kinderbetreuung

Wenn wir wissen wollen, wie viel die öffentliche Kinderbetreuung einen Staat kostet, dann genügt es in den Haushaltsplänen derjenigen Länder nachzulesen, die eine solche Kinderbetreuung bereits seit mehr als 30 Jahren im Katalog der wohlfahrtstaatlichen Leistungen drin haben. Ich habe mir daher die Mühe gemacht, die entsprechenden Zahlen für Frankreich zusammen zu suchen.

In Frankreich werden 25 % der 0–3-Jährigen ganztägig in Krippen betreut, das kostet den Staat 1 Mrd. Euro pro Jahr. Weitere 25 % der 0–3-Jährigen werden von staatlich anerkannten Tagesmüttern betreut, was den Staat ca. 0,3 Mrd. Euro kostet (die Familienkasse übernimmt den Arbeitgeberanteil anstelle der Eltern; die Eltern profitieren von deutlichen Steuernachlässen; geringverdienende Alleinerziehende haben Anrecht auf volle Kostenübernahme).

Bei einem Gesamtdeckungsgrad von 50 % der 0–3-Jährigen geben Staat und Kommunen ca. 1,3 Mrd. pro Jahr aus. Die andere Hälfte der Kinder wird von ihren Müttern betreut. Ab 2½ Jahren können die Kinder dann in die „école maternelle“ aufgenommen werden. Nahezu 100 % der 3–6-Jährigen besuchen diese Mischung aus Vorschule und Kindergarten. Den Staat kostet die ganztägige Betreuung der 2,4 Mio. 3–6-Jährigen in der „école maternelle“ rund 8,7 Mrd. Euro pro Jahr. Die ganztägige Grundschule (école primaire) für die 4 Mio. der 6–10-Jährigen kostet 14,3 Mrd. Bei der Addition sämtlicher Staatsausgaben von der Krippe bis zum Abitur bin ich für eine Schulpopulation von 12 Mio. Kindern und Jugendlichen auf ein Gesamtbudget von 92 Mrd. Euro gekommen. Auf der kommunalen Ebene bedeutet dies, dass eine durchschnittliche französische Gemeinde 30 % ihres Jahreshaushalts für Kinder ausgibt (errechnet am Beispiel der Gemeinde Deuil-la-Barre/Val d’Oise mit 20 000 Einwohnern). Für eine wahllos herausgegriffene deutsche Gemeinde habe ich einen Prozentsatz von 5 errechnet (Gemeinde Lengede/Niedersachsen mit 13 000 Einwohnern).

Die französische Zahl von 92 Mrd. Pro Jahr oder 7 % des BIP sollte eine Richtschnur sein. Meine sicherlich unvollständige Addition der entsprechenden deutschen Gesamtausgaben² liegen irgendwo zwischen 66–70 Mrd. Euro für eine Schulpopulation von rund 10 Mio. Kindern und Jugendlichen. Die von Familienministerin Renate Schmidt veranschlagten Ausgaben von 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Tagesbetreuung der 0–3-Jährigen sind sicherlich ein guter Anfang und entsprechen in etwa den französischen Zahlen. Allerdings ist in Frankreich die komplette Infrastruktur schon vorhanden und das entsprechend hochqualifizierte Personal (die „Erzieherinnen“ der „école maternelle“ sind voll ausgebildete Grundschullehrerinnen mit der Spezialisierung auf Vorschulpädagogik) ebenso.

² Die Kultushoheit der Länder erschwert den Zugang zu Daten auf Bundesebene

Das gesamte deutsche Schulsystem ist aber auf den halben Tag ohne Mittagessen ausgerichtet. Hier muss auf ganztags mit Mittagessen umgestellt werden. Für den fehlenden Betrag von mehr als 20 Mrd. Euro pro Jahr in Deutschland kann es aber nur bedingt eine kostenneutrale Lösung geben. Massive Umschichtungen im Haushalt sind notwendig (u.a. Abschaffung des Ehegattensplittings), aber auch mehr Staatseinnahmen und -ausgaben. Deutschland steht nicht alleine vor diesem Problem. In Italien und Spanien liegt die Geburtenrate bei 1,1 Kindern pro Frau, der Kindermangel ist noch größer. Gleiches gilt für Tschechien, Rumänien und andere osteuropäische Länder. Angesichts des erforderlichen Investitionsvolumens kann die Lösung nicht alleine eine nationale sein, sie ist auch auf europäischer Ebene zu suchen.



Susanne von Auerbach (Susanne Hildebrandt)

Zur Frage des männlich gedachten Normalarbeitsverhältnisses

Das traditionelle Arbeitsverhältnis ist auf Männer zugeschnitten, die nichts anderes zu tun haben als für Geld zu arbeiten. Der traditionelle Alleinverdiener war ja so gedacht und tatsächlich auch nur so praktikabel, dass er eine Frau hat, die nicht nur Haus und Kinder versorgt, sondern auch ihn selbst umsorgt (Behördengänge erledigen, das Auto zur Werkstatt bringen, seine Wäsche waschen usw.). Wenn sich die vertiefte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt nach dem Vorbild des dual-breadwinner-model vollziehen sollte, dann bleibt niemand mehr übrig für „care“. Dann gibt es kalte Küche mit Durchzug, verlassene Kinder und unversorgte Alte. Damit Arbeitszeiten familienfreundlich werden, müssen sie für Männer und für Frauen drastisch gekürzt werden. Das französische Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche³ ist ein Schritt in die richtige Richtung. In manchen Betrieben (z.B. France Télécom) wurde gar die 32-Stunden-Woche eingeführt.

Aus Gründen der schlichten Arithmetik gilt: Wenn Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt hinein sollen, dann müssen Männer heraus. Dies gilt zumindest bei einer lebenszyklischen Betrachtungsweise, d.h. bezogen auf die Summe der im gesamten Arbeitsleben geleisteten Arbeitsstunden. Denn das zu Verfügung stehende Volumen an Erwerbsarbeitsstunden wird ja nicht mehr, sondern eher weniger aufgrund von Produktivitätsfortschritten.

³ Es handelt sich um die sogenannten Aubry-Gesetze von 1998 und 2000, benannt nach der französischen Arbeitsministerin Martine Aubry.

Gerade in neoliberalen Zeiten, wo sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der Kapitaleseite verschoben haben, kann man realistischerweise nicht davon ausgehen, dass durch den massiven Eintritt der Frauen auf den Arbeitsmarkt die Lohnquote deutlich ausgeweitet werden könnte. Der dänische Politologe Gøsta Esping-Andersen (2002) weist zurecht darauf hin, dass ein Großteil der binnenwirtschaftlichen Dienstleistungsökonomie ihre Existenz direkt dem Verschwinden der Figur der vollzeitigen Hausfrau verdankt.

Wenn nun aber die Erwerbstätigkeit von Frauen sich in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und des schrumpfenden öffentlichen Sektors dennoch ausweiten soll, kann man sich unter gegebenen makroökonomischen Rahmenbedingungen zwei alternative Szenarien vorstellen. Einmal die Spaltung des Arbeitsmarkts in eine Minderheit von gutbezahlten „Normalarbeitern“ und eine Mehrheit von modernen Tagelöhnern, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Oder die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit mit sinkenden Einkommen für die Besserverdienenden und höheren, da existenzsichernden Einkommen für die Niedrigverdiener. Bislang vollzieht sich die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt unter neoliberalen Vorzeichen – schleichend seit den 1970er Jahren und verstärkt seit den 1990er Jahren – zeitgleich mit der Entwertung der abhängigen Lohnarbeit als Mittel zur Existenzsicherung und der daraus abgeleiteten sozialen Absicherung. Für eine Mehrheit der Erwerbsbevölkerung wird die Erwerbsarbeit knapp, prekär, kurzfristig und schlechter bezahlt. Größer werdende Kategorien von Erwerbstätigen, darunter die Mehrheit der Frauen, aber auch Immigranten, Ältere und Jüngere werden vom Arbeitsmarkt „hausfrauisiert“ (Mies 1988): Sie werden so behandelt als seien sie „Hausfrauen“, die zu Hause einen komplementären, männlichen Hauptverdiener haben und erhalten Löhne, mit denen man keine Familie erhalten kann, manchmal nicht einmal sich selbst.

Wir können also festhalten: Entscheidend für eine gute Position auf dem Arbeitsmarkt ist derzeit die Nähe zum Modell des Normalarbeiters, d.h. einer männlich gedachten Figur des Arbeiters im Normalarbeitsverhältnis. Es kann aber nicht allein darum gehen, den Frauen als Müttern den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen und allein für sie die Vereinbarkeitsproblematik zu lösen. Ein veränderter Geschlechtervertrag bedeutet auch, dass berufstätige Männer als Väter in den Blick genommen werden und das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus deren Perspektive untersucht wird. Denn die Vätergenerationen der Vergangenheit glänzten meist durch Abwesenheit in der Familie, ihr Beitrag zur Erziehung war häufig nur finanziell. Dies liegt nur zum Teil an dem traditionellen Männer(selbst)bild, zum größeren Teil sind dafür heute die Anforderungen an den Berufsmenschen verantwortlich, die noch nie Rücksicht auf die Zeitbedürfnisse von Familien genommen haben.

Quellen:

Esping-Andersen, G., D. Gallie, A. Hemerick und J. Myles (2002): Why we need a new Welfare State, Oxford: Oxford University Press

Mies, M. (1988): Women – the last colony, London